

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die PAV entlässt rund 60 Mitarbeiter

Sanierungsmassnahmen sollen zur wirtschaftlichen Gesundung des Unternehmens beitragen

Die Präzisions-Apparatebau AG (PAV) in Vaduz, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, soll durch eine Reihe einschneidender Sanierungsmassnahmen in ihrer Existenz als Industrieunternehmen gerettet werden. Zu diesen Sanierungsmassnahmen zählt, wie der Vertreter der Unternehmensleitung, Tobias Hagenmeyer erklärte, die Entlassung von rund 60 Mitarbeitern. Nach Abschluss des Sanierungsplanes hofft die PAV-Geschäftsleitung, den Betrieb wieder als ertragsstarkes Unternehmen führen zu können.

Strukturprobleme und Verluste in bestimmten Produktionsbereichen haben die PAV nach Darstellung der Geschäftsleitung vor schwierige, wirtschaftliche Probleme gestellt. Mit dem Wechsel im Management im Frühjahr dieses Jahres ergaben sich offensichtlich Schwierigkeiten, die für die Kursbestimmung der Firma nicht förderlich waren. Bei der Vorstellung des neuen Geschäftsleiters Dr. Werner Tabarelli, der inzwischen bereits von seinem Posten zurückgetreten ist, lobte Tobias Hagenmeyer sowohl das frü-

here Management als auch die Belegschaft mit grossen Worten: «Die von der PAV gefertigten Produkte geniessen bei ihren Abnehmern und in der Fachwelt einen hervorragenden Ruf. Egal ob Pilotbearbeitung, das Messmittelprogramm oder die Messmaschinen aus dem PE-Bereich (Projekt-Engineering), Qualität und Finish haben einen Weltklassestandard erreicht.» Im weiteren gab er sich vor der Betriebsversammlung überzeugt, «dass der PE-Bereich ein grosses Zukunftspotential in sich trägt», womit es gemeinsame Aufgabe sei, dieses Potential zu nutzen.

Abbau und Verlagerung

Nun heisst es, die Versuche, mit erheblichen Finanzspritzen von Seiten der Aktionäre die Firma wieder – auf konventionelle Weise – in die schwarzen Zahlen zurückzuführen, seien ohne den erhofften Erfolg geblieben. Die Unternehmensleitung habe vor der Entscheidung gestanden, entweder einschneidende Sanierungsmassnahmen, verbunden mit einem partiellen Abbau der Belegschaft, in die Wege zu leiten oder die Fortsetzung des wirtschaftlichen Krebsganges der PAV in Kauf zu nehmen. Betriebsinhaber Tobias Hagenmeyer entschied sich, wie er in einem Gespräch mit der Presse erklärte, für den ersten Schritt: Verlagerung von Produktionslinien und Abbau von Personal. Bis zum Beginn des neuen Jahres wird sich die PAV von rund 60 Mitarbeitern trennen. Teile des heutigen Betriebes nach Deutschland verlagern und mit einem gestrafften Programm bestehender und neuer Produkte zu versuchen, wieder in die Gewinnzone zu steuern. Tobias Hagenmeyer dazu wörtlich: «Nur so können wir die Erhaltung der verbleibenden Arbeitsplätze und die künftige Existenz der Firma gewährleisten.»

Die Regierung, der Arbeitnehmerverband und die Industrie- und Handelskammer sind in den letzten zwei Tagen von der Geschäftsleitung der PAV über den Personalabbau informiert worden. Bei diesen Gesprächen ist es offenbar auch um die Frage gegangen, wie die entlassenen Mitarbeiter an andere Arbeitsstellen weitervermittelt werden können. Wie die PAV-Geschäftsleitung dazu versicherte, soll es im Rahmen dieser Sanierungsmassnahmen keine Sozial- oder Härtefälle geben. LANV-Sekretär Eugen Büchel drückte auf Anfrage seine Sorge über die Zukunft der Entlassenen aus und erklärte, dass auch der LANV mithelfen werde, für diesen Personenkreis neue Arbeitsstellen zu finden. «Trotz ausgetrocknetem Arbeitsmarkt», so LANV-Sekretär Eugen Büchel, «dürfte es für einige Arbeitnehmer schwierig werden, sofort einen geeigneten Arbeitsplatz zu erhalten.» Wie in Erfahrung zu bringen war, handelt es sich bei den 60 Entlassenen um 18 Personen, die in Liechtenstein ihren Wohnsitz haben, während der Rest als Grenzgänger aus Österreich und der Schweiz kommt.

Warum gerade vor Weihnachten?

Tobias Hagenmeyer auf die Frage, ob man diese einschneidende Sanierungsmassnahmen nicht hätte bis nach Weihnachten verschieben können: «Die Belegschaft der PAV weiss schon seit geraumer Zeit von den Problemen des Unternehmens. Wir wollten es nicht verantworten, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Ungewissheit und Zweifel in die bevorstehenden Weihnachtsferien zu entlassen. Ausserdem entsprach es dem ausdrücklichen Wunsch unserer Arbeitnehmervertretung, die betroffenen Mitarbeiter offen und frühzeitig, also noch vor den Weihnachtsferien zu informieren.»

G.M.



Herzlich willkommen zur VOLKSBLATT-Kinderweihnacht

Liebe Kinder, morgen nachmittag erwarten wir Euch zur VOLKSBLATT-Kinderweihnacht im Vaduzer Saal. Die Weihnachtsfeier wird um 15 Uhr beginnen, aber bereits um 14.30 Uhr wird der Saal geöffnet. Die Feier mit einem sehr abwechslungsreichen Programm wird etwa zwei Stunden dauern.

Wenn Ihr, liebe Kinder, morgen nachmittag mit Euren Eltern oder Begeleitern den Vaduzer Saal betretet, so ist er weihnachtlich geschmückt. Auf den Tischen liegen Süßigkeiten und Früchte für Euch bereit. Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon, mit dem es ein Getränk gratis erhält.

Und nun zum Programm, das wir in den letzten Tagen bereits abschnittsweise vorgestellt haben. Es spielt der Panflötenchor, eine Gruppe Mädchen und Buben führt ein Krippenspiel vor und erstmals tritt bei uns eine Ballettgruppe auf. Selbstverständlich kommt der Weihnachtsmann, der auch einen kleinen Wettbewerb in drei Altersgruppen durchführen wird. Den Abschluss der Weihnachtsfeier bildet wie jedes Jahr das Lied «Stille Nacht, heilige Nacht», das wir alle zusammen singen werden.

Wir hoffen, liebe Kinder, dass recht viele von Euch morgen nachmittag zu uns in den Vaduzer Saal kommen werden und freuen uns bereits riesig darauf.

Verbannung Sacharows aufgehoben

Moskau (AP) Die Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Regimekritikers Andrej Sacharow ist aufgehoben worden. Ein sowjetischer Regierungsvertreter teilte am Freitag mit, Sacharow könne aus dem Verbannungsort Gorki nach Moskau zurückkehren.

Philippinen: Schüsse zum Jahreswechsel verboten

Manila (AP) Den Soldaten der philippinischen Armee ist es am Freitag vom Generalstabschef Fidel Ramos ausdrücklich untersagt worden, den kommenden Jahreswechsel mit Schüssen aus ihren Feuerwaffen zu feiern. Wer gegen den Befehl verstösst, kann nach den Worten des Generals aus dem Wehrdienst ausgestossen werden.

Haselnüsse erst ab Mitte Dezember verstrahlt

Zu Beginn dieser Woche wurden bei verschiedenen Packungen gemahlener Haselnüsse Überschreitungen des zulässigen Toleranzwertes für die radioaktiven Isotope Cs-134 und Cs-137 festgestellt. Das Amt für Lebensmittelkontrolle legt Wert auf die Feststellung, dass Haselnüsse bereits seit Wochen auf ihre radioaktive Belastung untersucht werden. Am 17. Dezember 1986 wurde erstmals eine Überschreitung des Toleranzwertes ermittelt. Nach weiteren Untersuchungen im Laufe dieser Woche kann gesagt werden, dass sich erst seit Mitte Dezember Haselnüsse aus der Ernte nach dem Ereignis Tschernobyl im Verkauf befinden.

Im Hinblick auf den Genuss des bereits fertiggestellten Weihnachtsgebäcks können wir die Bevölkerung von seiten unseres Amtes beruhigen, da dieses noch mit «alten, nicht verstrahlten» Haselnüssen gebacken wurde.

Die bekanntermassen radioaktiv kontaminierten Packungen werden zur Zeit aus dem Verkehr gezogen.

Fernsehseite

In dieser Ausgabe finden Sie, liebe Leserinnen und Leser, den ersten Teil unserer neuen Fernsehseite, die künftig als Wochenprogramm erscheinen wird. Wünsche unserer Leserschaft haben uns dazu bewegt, von der täglichen Fernsehseite abzugehen und wieder eine Wochenübersicht zu publizieren.

Landwirtschaftliches Leitbild für unser Land?

Im Landtag wurde ein FBP-Postulat über eine künftige Landwirtschaftspolitik eingereicht

Die Landwirtschaftspolitik ist nicht erst seit der geplanten Milchkontingentierung wieder in die öffentliche Diskussion geraten. Vielmehr steht die Landwirtschaft an sich und vor allem die Landwirtschaftspolitik in der näheren und weiteren Umgebung immer wieder im Schussfeld der Kritik. Die Agrarüberschüsse im europäischen Raum sowie die Konflikte zwischen konventionellem und biologischem Landbau sind nur zwei Stichworte hierzu. Nun hat die FBP, um eine Gesamtschau der Landwirtschaft diskutieren zu können, ein Postulat zur Schaffung eines landwirtschaftlichen Leitbildes für unser Land eingereicht.

Der Regierung fällt nun die nicht leichte Aufgabe zu, ein Leitbild für unsere Landwirtschaft zu erstellen. Genügend früher noch die immer wieder getroffenen Einzelmassnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, so ist es heute unumgänglich, klar und eindeutig die Marschrichtung der künftigen Politik im Bereich der Landwirtschaft aufzuzeigen.

Sicherung der landwirtschaftlichen Produktionsfläche

In einer Erklärung haben die Postulanten den Bereich abgesteckt, der nach ihrer Auffassung in das Leitbild aufgenommen werden müsste. Die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktionsfläche wird an erster Stelle genannt, gefolgt von der Forderung nach Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, dem Pachtproblem, den Flächenbewirtschaftungsbeiträgen und weiteren Subventionen zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens. Im Leitbild angesprochen werden muss nach Ansicht der Postulanten aber auch die Möglichkeit und die Förderung des biologischen Anbaus sowie das Problem der Futtermittelimporte. In die Untersuchung einbezogen werden soll schliesslich

der mögliche Grad der Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten in Krisenzeiten.

Mit diesem Postulat sind nicht nur die künftigen Aufgaben der Landwirtschaftspolitik angesprochen, sondern auch die tiefgreifenden Strukturwandlungen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Landwirtschaft vollzogen haben, aufgeführt. Bei der Überweisung des Postulates an die Regierung machte FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann auf diese Probleme aufmerksam und erwähnte vor allem die Abnahme der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche innerhalb kurzer Zeit, ohne dass mit gesetzlichen Massnahmen zur Sicherung einer landesweiten Landwirtschaftszone beigetragen worden sei.

Zuversichtliche Wirtschaftsbeurteilung

Konjunkturtendenzen aus der Sicht der Industriekammer

Die wirtschaftlichen Erwartungen für 1987 werden von der liechtensteinischen Industrie, abgesehen von Strukturproblemen einzelner Unternehmen, noch überwiegend zuversichtlich beurteilt. Dies geht aus einer Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer hervor. Infolge veränderter Währungsparitäten sei jedoch mit einer Verflachung des wirtschaftlichen Wachstums zu rechnen.

Nach telefonischer Rundfrage bei den grösseren Exportunternehmen des Landes waren 1986 die Produktionskapazitäten in der Regel in hohem Masse ausgelastet. Es bestand und besteht allenthalben ein ausgeprägter Mangel an qualifizierten Mitarbeitern, was sich nicht zuletzt in der Zunahme der Lohnsumme widerspiegelt

In seinen weiteren Ausführungen erwähnte er die Problematik der «modernen» Landwirtschaft mit dem Einsatz von chemischen und technischen Hilfsmitteln, die zur Beeinträchtigung des komplexen Ökosystems des Bodens geführt hätten.

Schliesslich sprach er die staatliche Hilfe für die Landwirtschaft an, die wohl auch in Zukunft zum Weiterbestand dieses Erwerbszweiges notwendig sei, gab aber gleichzeitig zu verstehen, dass es sich teilweise um recht antiquierte Förderungsmethoden handle, die dringend den neuen Gegebenheiten angepasst werden müssten. Trotz dieser Probleme gab sich der FBP-Fraktionssprecher für die Zukunft optimistisch: «Liechtenstein könnte zu einem europäischen Modell für die neue ökologisch orientierte Landwirtschaftspolitik werden.» (G.M.)

Moskau kritisiert Breschnew scharf

(spk/dpa) Der 1982 gestorbene sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew ist in der Sowjetunion zum ersten Mal öffentlich und mit Namen kritisiert worden. Zu seinem 80. Geburtstag schrieb die Parteizeitung «Prawda» am Freitag, dass es in den letzten Amtsjahren Breschnews «zahlreiche negative Erscheinungen sozialer und geistig moralischer Art» gegeben habe. Es hätten sich «Selbstzufriedenheit, Zügellosigkeit und ein Hang zur Schönfärberei» ausgebreitet.

Die Abwesenheit einer «konsequenten Demokratie, einer breiten Öffentlichkeit», einer «wirksamen Kontrolle» sowie fehlende Kritik und Selbstkritik hätten es nicht erlaubt, negative Erscheinungen rechtzeitig aufzudecken und das rechtzeitig zu bekämpfen, was den Fortschritt der sowjetischen Gesellschaft gebremst habe, kommentierte die «Prawda». Aus diesen Gründen habe sich in der letzten Jahren der Breschnew-Zeit auch das Wirtschaftswachstum verlangsamt.

Neue Zusammensetzung des Bundesrates

Delamuraz im EVD, Koller im EMD und Cotti im EDI

Bern (AP) Der neu zusammengesetzte Bundesrat hat am Freitag im Berner Wattenwyl-Haus die neue Departementverteilung nach dem Rücktritt von Kurt Furgler und Alphons Egli vorgenommen: Jean-Pascal Delamuraz, bisher EMD-Chef, wechselt ins Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement. Arnold Koller übernimmt seine Nachfolge, während Flavio Cotti Chef des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) wird.